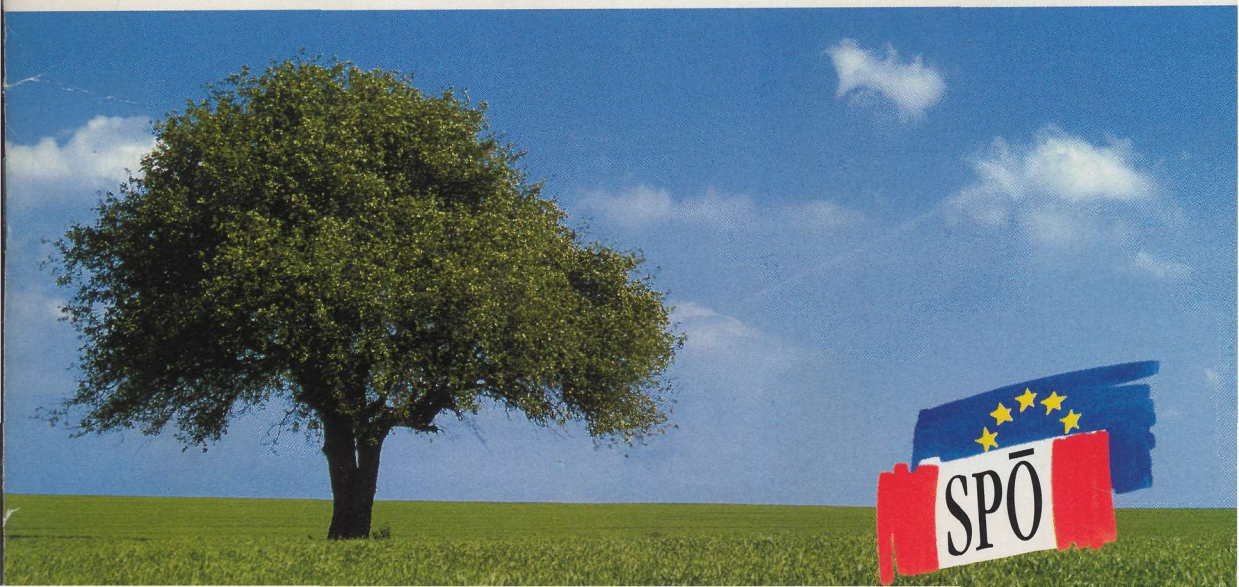
Dr. Franz Vranitzky

B3

ZUKUNFT SOZIALDEMOKRATIE. ZUKUNFT EUROPA.

Die Rede beim Bundesparteitag in Linz
am 14. Juni 1991



20 Jahre sozialdemokratischer Verantwortung 3

Wahlerfolg - eine neue Herausforderung 4

SPÖ - die stärkste Partei 5

Haider hat sich ausgegrenzt 6

Keine Chance für Rot-grün 8

Vor großen Entscheidungen 8

Hinwendung zu Europa 9

Solidarität beim Aufbau im Osten 11

Neutralität und neue Realitäten 12

Erfolge, die verpflichten 13

Kampf der neuen Arbeitslosigkeit 14

Pensionsreform - nicht gegen die Frauen 16

Technik muß der Umwelt dienen 16

Bildung ist die beste Investition 18

Die neue SPÖ 19

Die Kraft der Reform 20

Bestimmungspunkte der Reform 20

Wir - die Sozialdemokratische Partei Österreichs 22

Die Zukunft gehört der Sozialdemokratie 23

"Die Zukunft gehört
der Sozialdemokratie"

Franz Vranitzky

Wenn es nach unseren politischen Gegnern und konservativen Auguren ginge, dürfte es die Sozialdemokratie nicht mehr geben, denn sie hätte ihre historische Rolle erfüllt. Wenn wir am heutigen Tag Bilanz ziehen, kann jeder nüchtern das Gegenteil feststellen: Wir Sozialdemokraten sind lebendiger als je zuvor, wir Sozialdemokraten sind kraftvoller als je zuvor, wir Sozialdemokraten dominieren eindeutig die österreichische Politik.

Der Parteitag, den wir heute beginnen, ist in jeder Hinsicht ein historischer. Nicht nur weil wir, sofern die Anträge angenommen werden, unseren Namen von Sozialistische Partei auf Sozialdemokratische Partei Österreichs ändern. Das ist ein Nachziehprozeß, bei dem der Name unserer Politik und unserer Praxis angeglichen wird. Dieser Parteitag ist historisch, weil er sich mit zwei Themen auseinandersetzt, die nicht nur für unsere Partei, sondern für das ganze Land von entscheidender Wichtigkeit für die Zukunft sind.

Erstens, die Zukunft für Österreich heißt Europa. An dieser Tatsache besteht kein Zweifel, weil am politischen Thema Europa so oder so für unser Land kein Weg vorbeiführt. Entweder wir bleiben draußen, wenn sich der fortgeschrittenste Teil Europas zu einem einzigen gemeinsamen Markt zusammenschließt und tragen die negativen Folgen, oder wir entscheiden uns, mitzumachen bei der Gestaltung dieses Lebensraums. Wir Sozialdemokraten sehen die Chancen dieser Entwicklung und auch ihre Risiken. Wir haben beide abgewogen und wissen, daß die Chancen die Risiken übersteigen. Wir Sozialdemokraten sind deshalb für die Mitwirkung Österreichs an der Schaffung einer neuen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Architektur Europas.

Auf unserem Parteitag geht es aber auch um die Zukunft der Sozialdemokratie. Wir starten mit dem heutigen Tag eine Reform der Partei, die sicherstellen wird, daß unsere Bewegung in Zukunft noch offener sein wird für all jene, die an der Gestaltung der Politik in unserem Land aktiv teilnehmen wollen und die sich zu unseren ewigen Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität bekennen.

Wenn wir unsere Partei reformieren, schaffen wir die Voraussetzung, daß die Sozialdemokraten in Österreich ihre führende Rolle absichern können. Wir schaffen damit

aber auch die Voraussetzung für die bessere Akzeptanz der Parteien-Demokratie überhaupt, damit Politik in Österreich weiter gestützt ist auf das gesunde Kräftespiel zwischen Parteien und nicht ausgeliefert ist dem Wohl und Wehe einzelner demagogischer Politiker.

20 Jahre sozialdemokratischer Verantwortung

Wir beginnen diesen Parteitag im Bewußtsein des respektablen wirtschaftlichen Wohlbefindens der Republik und des politischen Wohlbefindens unserer Partei und trotzdem soll er sich nicht im Enthusiasmus über den Status quo erschöpfen, nicht im Jubel und im Feiern allein.

Auch wenn wir dazu viele gute Gründe hätten. Die Position der SPÖ in der internationalen Sozialdemokratie wird immer stärker. Wir dürfen heute mit berechtigtem Stolz feststellen, daß wir - bezogen auf die Größe unseres Landes - die größte Sozialdemokratische Partei der Welt sind.

Mehr als zwanzig Jahre, solange wie in keinem anderen Land der Welt, tragen die Sozialdemokraten in Österreich die führende Verantwortung. Zwanzig Jahre, in denen wir unser Land nicht nur in die Spitzengruppe der Industrienationen dieser Welt geführt haben, sondern in denen wir gezeigt haben, daß wir profunde Antworten auf den Wandel der Werte in unserer Gesellschaft gefunden haben. Und so wie es aussieht, dürfen wir hoffen, daß dies auch so bleiben wird.

Aber natürlich nur dann,

- wenn wir uns den Fragen der Zeit immer wieder offensiv stellen,

- wenn wir erkennen, daß ein gewisser Teil unseres politischen Guthabens deshalb so angewachsen ist, weil das bürgerliche Lager in Agonie dahindarbt,

"Wenn wir
die SPÖ reformieren,
schaffen wir die Voraussetzung,
daß die Sozialdemokraten
ihre führende Rolle
absichern können."

- und wenn wir unseren Führungsanspruch engagiert und selbstbewußt, niemals aber überheblich geltend machen.

Wenn unsere politische Arbeit heute im Land auf erfreuliche Zustimmung stößt, dann nicht zuletzt auch deshalb, weil wir der Versuchung widerstanden haben, eine Allerweltspartei zu sein, sondern in den verschiedensten Situationen gezeigt haben, daß sich unsere Politik auf Grundsätze stützt:

- Zum Beispiel haben wir in der Koalitionsfrage gezeigt, daß uns die Regierungsfähigkeit unseres Landes am Herzen liegt.

- In der Verstaatlichtenfrage haben wir gezeigt, daß es uns in der Wirtschaft um Effizienz geht und nicht um stereotype Ansichten zur Eigentumsfrage.

- Und in der Transitpolitik haben wir gezeigt, daß man sehr wohl die Anliegen der Umwelt und der Wirtschaft mit der nötigen Beharrlichkeit auf einen Nenner bringen kann.

Wir Sozialdemokraten haben damit gezeigt, daß Politik für uns nicht verwalten, sondern gestalten heißt. Wir haben klar gemacht, daß wir Vorstellungen über die Zukunft haben, und wir haben sie den Österreicherinnen und Österreichern auf Basis unserer Grundwerte angeboten. Und heute können wir mit Freude feststellen, daß wir mit dieser Position Erfolg gehabt haben.

Wahlerfolg - eine neue Herausforderung

Die Österreicherinnen und Österreicher haben uns bei den letzten Wahlen eindrucksvoll das Vertrauen ausgesprochen. Für uns bedeutet dieses Wahlergebnis eine große Verantwortung. Sie ist für uns keine Belastung, sondern eine Herausforderung für die Zukunft. Wenn wir diese Herausforderung bewältigen, arbeiten wir daher nicht nur erfolgreich für unsere Partei, sondern vor allem für unser Land.

Was am Tag nach der Wahl so klar und selbstverständlich aussah, daß nämlich die Sozialdemokraten wieder - und diesmal noch klarer - die Mehrheit in diesem Lande hatten, war vorher gar nicht so selbstverständlich:

- Wir hatten in den Jahren davor beträchtliche personelle Veränderungen an der Spitze unserer Partei zu bewältigen. Aus verschiedenen Gründen verloren wir Personen und Persönlichkeiten, die das Bild unserer Partei lange geprägt hatten. Wir haben in der Zeit unsere personelle Erneuerungskraft bewiesen. Den anderen steht dieser Schritt noch bevor.

- Von verschiedener Seite wurde versucht, mit aller Kraft unter dem Stichwort einer nichtsozialistischen Mehrheit um jeden Preis eine Koalition gegen uns zu schaffen. Wir dagegen haben mit unserer Meinung nicht hinter dem Berg gehalten, wir haben eine klare Koalitionsaussage getroffen und wie alle Analysen zeigen, haben die Wähler dies honoriert.

- Und man hat schließlich versucht, mich selbst ins Gerede zu bringen. Von der Querschußkampagne zur Zeit des Grazer Parteitags bis hin zur freundlichen Ladung vor den Noricum-Untersuchungsausschuß im Parlament. Weil auf Dauer etwas nicht Substanz haben kann, hinter dem gar keine Substanz steckt, sind alle ihre Machinationen jämmerlich gescheitert.

Aber zurück zur Politik: Auf der Grundlage unserer klaren Positionen ist es doch gar nicht verwunderlich, daß überall dort, wo andere annehmen, die Meinungsführerschaft zu haben, die Themen von uns Sozialdemokraten dominiert werden. Wir scheuen uns nicht, dort wo es notwendig ist, die Menschen auf den Unterschied zwischen dem Wünschenswerten

und dem Machbaren hinzuweisen, etwa in der Einwanderungspolitik.

- Wo sich andere um die Erhöhung oder Nichterhöhung der Zollfreigrenzen um 500,— streiten, befassen wir uns mit den Auswirkungen des bevorstehenden großen gemeinsamen Marktes auf unsere Wirtschaft und Gesellschaft.

- Dort, wo andere bei der Verstaatlichten über die eigene Privatisierungspolitik stolpern, machen wir eine Industriepolitik, bei der die Substanz unserer Industrie gefestigt und in österreichischer Hand bleiben soll.

- Dort, wo andere vom absoluten Baustopp für Kraftwerke träumen, zeigen wir, daß es gilt, unsere Wasserkräfte schonend auszubauen, wenn wir für das Abschalten von Atomkraftwerken in unseren Nachbarländern eintreten.

- Dort, wo für andere das vereinfachende, opportunistische und oft widersprüchliche Eintreten in Einzelfragen im Vordergrund steht, entscheidet für uns die klare, verantwortungsvolle Linie. Elastizität in der Politik schön und gut, aber sie darf nicht zur Gummiband-Politik verkommen.

SPÖ - die stärkste Partei

Die innenpolitischen Stärkeverhältnisse sind im Moment so klar wie selten zuvor. Geht es nach den letzten Meinungsumfragen, können wir Sozialdemokraten mit 45% Zustimmung aus der Bevölkerung rechnen. Der Abstand zur nächsten Partei ist damit größer als jemals zuvor in der Geschichte der Republik.

Auf die ÖVP entfallen 30%, auf die Freiheitliche Partei 18% und auf die Grünen 7%. Damit ergibt sich nicht nur rein rechnerisch eine große Mehrheit für die große Koalition,

"Mehr als 20 Jahre tragen die Sozialdemokraten in Österreich die führende Verantwortung."

gegen Menschen hetzen. In der Geschichte gibt es Beispiele. Ihre Wiederholung bekämpfen wir soeben, derzeit und in aller Zukunft.

Keine Chance für Rot-grün

Ich bestreite gar nicht, daß die Grünen bisweilen interessante Ideen aufbringen, daß sie aber mit ihrer ungestümen, oft plumpen Art diese Ideen nicht wirklich umsetzen können. Irregeleitet und irreführend dagegen ist der Europakurs, den die Grüne Fraktion in Österreich vertritt.

Sie hängen der Illusion nach, wir seien eine Insel im übrigen Europa und könnten uns vollkommen unbeeinflußt von den Entwicklungen um uns herum auf unseren Weg in die Zukunft begeben. Das ist jener gefährliche Kurs, bei dem die Rationalität dem Fundamentalismus geopfert wird, bei dem die intellektuelle Prüfung des eigenen Arguments als überflüssig angesehen und bei dem Aktionismus mit verantwortungsvoller Politik verwechselt wird.

Damit ist gleichzeitig auch alles über eine rot-grüne Koaliton gesagt, nämlich, daß es sie nicht geben kann, jedenfalls unter den herrschenden und absehbaren politischen und personellen Voraussetzungen. Wir sind überzeugt, die bessere Umweltpolitik als die Grünen selbst zu machen, und von anderen Politikinhalten ist bei den Grünen ohnedies nur äußerst wenig zu sehen.

Vor großen Entscheidungen

Auf innenpolitischer Ebene stehen in diesem Jahr noch einige wichtige Entscheidungen bevor. Bereits in etwas mehr als einer Woche wird im Burgenland der Reigen der heurigen Landtagswahlen eröffnet. Ich meine - und unsere ganze Unterstützung geht klarerweise in diese Richtung -, daß die burgenländischen Sozialdemokraten mit Hans Sipötz an der Spitze eine klare Mehrheit bekommen werden, die es ihnen ermöglicht, den Weg des modernen Burgenlands fortzusetzen.

Die politischen Gegner haben gerade in diesem Bundesland versucht, die stärkste Partei um ihren aus dieser Position klaren Anspruch auf die Funktion des Landeshauptmanns zu bringen. Das Ränkespiel ist, wie wir alle aus der jüngsten Geschichte wissen, nicht aufgegangen, und auch alle Versuche,vor kurzem den Landeshauptmann zu kriminalisieren, haben nichts gefruchtet. Die burgenländischen Sozialdemokraten haben einen mutigen Schritt getan und sich den Wählerinnen und Wählern gestellt. Ich bin überzeugt, sie werden es schaffen.

In Oberösterreich und der Steiermark wird im kommenden Herbst gewählt. In den beiden Bundesländern dürfen wir hoffen, daß die absoluten ÖVP-Mehrheiten gebrochen und unsere Freunde sich eine gute Ausgangsposition für die politische Arbeit in den kommenden Jahren schaffen werden. Auch in diesen beiden Bundesländern wird es darum gehen, den in ganz Österreich herrschenden Trend auf Landesebene durchzusetzen. Die nächste Etappe ist dann die Bundespräsidentenwahl in rund einem Jahr. Sie wirft bereits jetzt ihre Schatten voraus, insbesondere auf die ÖVP, die in der Kandidaten-Frage schwer zu kämpfen hat.

Die vorangegangene Bundespräsidentenwahl war für uns schmerzlich. Schmerzlich, weil sie für unseren Kandidaten verloren ging, sie war aber besonders schmerzlich wegen der Art und Weise, in der sie gewonnen wurde und deren Folgen ja bekannt sind. Es ist noch nicht die Zeit, um über Kandidaten zu diskutieren, doch wir Sozialdemokraten sind auf diese kommende Wahlauseinandersetzung gut vorbereitet. Es gibt etliche Frauen und Männer, von denen wir uns sehr gut vorstellen können, daß sie für die Bundespräsidentenwahl unsere Unterstützung bekommen - eini-

ge von ihnen gehören unserer Bewegung an, andere nicht.

Ich lehne auch die Idee eines gemeinsamen Kandidaten der beiden Regierungsparteien nicht grundsätzlich ab. Zurzeit ist dieses Thema nicht aktuell. Die Variante eines alleinigen SP-Kandidaten hat aus heutiger Sicht jedenfalls Vorrang.

Hinwendung zu Europa

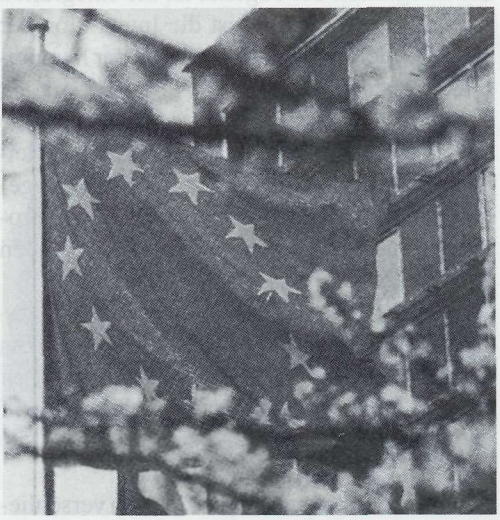
Wir Sozialdemokraten sind eine internationale politische Bewegung. Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß der Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit ein nationaler ebenso wie ein internationaler war. Daran hat sich nichts geändert.

Wenn sich Europa nach dem Ende des Kalten Kriegs anschickt, seine Verhältnisse neu zu ordnen, dann müssen die Sozialdemokraten - wo immer sie tätig sind -sicherstellen, daß diese Verhältnisse soziale und demokratische sind.

Die europäische Einigung ist ein historischer Prozeß von größter Tragweite. Es kann daher kein Zweifel daran bestehen, daß wir unsere Rolle nicht nur als Zeugen dieses historischen Prozesses, sondern als Mitgestalter verstehen wollen. Und zwar als Österreicher und als Sozialdemokraten. Ich stehe deshalb nicht an, zu bekennen: Unsere Heimat ist Österreich, unsere Zukunft Europa und der Weg dorthin die Sozialdemokratie!

Wir sollten nicht verschweigen, daß es Zweifel und Vorbehalte wegen Österreichs Teilnahme am Integrationsprozeß gibt. Wir haben das ernst zu nehmen und uns damit auseinanderzusetzen.

Eines möchte ich aber ebenso klar sagen: Kleinmut, Ängstlichkeit und Zurückgezogenheit sind schlechte Wegbegleiter. Wir haben mit Kraft, Phantasie und Durchsetzungswillen



"In dieser europäischen Integration stecken Chancen für uns."

diesen historischen Prozeß zu steuern. Und wir können das mit großem Selbstbewußtsein und guten Mutes tun, denn Österreich hat in ein neues Europa viel einzubringen.

Österreich geht diesen Weg nicht allein. Die 19 EG- und EFTA-Staaten stehen unmittelbar davor, den größten und bedeutsamsten Wirtschaftsraum der Erde, nämlich den EWR, zu begründen. Dieser EWR ist Österreich ein wichtiges Anliegen. Aber wir haben immer auch klar gemacht, der EG beitreten zu wollen, weil wir das Europa der EG für zu wichtig halten, als daß wir uns nicht beteiligen sollten; weil wir überzeugt sind, daß Österreich davon profitiert und weil ich glaube, daß nicht nur einige entscheiden sollten, in welche Richtung Europa geht. Da sollten wir Österreicher doch auch unsere Stimmen miteinbringen können.

Gerade als Vorsitzender einer Bundesregierung bin ich tief von **einer** Zielsetzung überzeugt: Die europäische Integration soll nicht die Sache allein von Bundesregierungen und Konzernleitungen sein. Unser Ziel ist die Integration der Arbeiter und Angestellten, ist die Integration der Jugend, ist die Integration der sozialen Ideen und ist die Integration der sozialen, der demokratischen und der humanitären Lebensqualität!

Könnten wir es uns etwa tatsächlich leisten, unserer Jugend nicht die Chance zu geben, ohne bürokratische Hindernisse in Europa zu lernen, zu studieren, und sich ausbilden zu lassen?

Könnten wir verantworten, jemandem zu verbieten, sich in allen EG-Staaten Arbeit zu suchen, sich niederzulassen, seinem Beruf nachzugehen?

Wer wollte sich der Faszination verschließen, künftig ohne Grenzen reisen, handeln und einkaufen zu können?

Welcher Konsument würde sich nicht über den größeren Wettbewerb zwischen Unternehmen freuen, die zu niedrigeren Preisen führen werden?

In dieser europäischen Integration stekken Chancen für uns. Vor allem für unsere Jugend. Es wäre eine Form politischer Fahrlässigkeit, diese Chancen nicht zu nützen.

Erwarten wir uns aber kein Paradies! Erwarten wir uns harte und kreative Arbeit. Und erwarten wir uns das gemeinsame Anpakken von Problemen, die allein auf nationalstaatlicher Ebene heute nicht oder nicht so effizient gelöst werden können, wie das notwendig wäre. Das Europa der Konzerne hat sich längst gebildet. Stellen wir dem das Europa der Arbeitnehmer gegenüber!

Die Hinwendung zu Europa hat aber auch noch einen anderen, tieferen Grund. Wir Sozialdemokraten haben Österreich auf einen sehr selbstbewußten, eigenständigen und viel beachteten Weg geführt. Aber dieser Weg ist kein Selbstzweck. Österreich ist heute so stark und gefestigt, daß es die EG in keiner Weise zu scheuen braucht. In vielem sind wir sogar Vorreiter. Wenn die EG heute zum Beispiel in Sachen Verkehrspolitik langsam auf unsere Vorstellungen einschwenkt, so sagt das etwas aus über die Möglichkeiten, die Österreich hat. Und es sagt natürlich auch etwas aus, über die Qualität unseres Verkehrs- und "Umwelt"ministers Rudolf Streicher.

Das Österreich der 70er und 80er Jahre ist seinen Weg der inneren Modernisierung gegangen. Das Österreich der 90er Jahre wird in einem Europa, in dem zusammenwächst, was zusammen gehört, noch offener, noch europäischer werden.

Wer europäisch, also übernational, denken, handeln und arbeiten will, muß die Fenster weit öffnen. Sonst werden nationale Grenzen auch zu Grenzen des Geistes, und da bietet schon gar nicht der Rückzug auf noch kleinere Einheiten eine Alternative. Wer den Födera-

lismus bewahren, die Regionen stärken will, hat unsere Unterstützung. Wer damit aber nur seine eigene Machtposition festigen und sich absondern will, dem werden wir unsere Unterstützung sicher versagen.

Solidarität beim Aufbau im Osten

Europa ist aber nicht die EG allein. Und wenn es wo unserer sinnvollen Solidarität bedarf, dann beim Aufbau im Osten und Südosten des Kontinents. Von uns Sozialdemokraten sind da klare Worte gefordert: Eine "Marktwirtschaft ohne Adjektiva" - eine reine Marktwirtschaft also - mag zwar sehr westlich klingen, aber für Schulen, Spitäler, Altersheime und Massenverkehrsmittel sorgt sie nicht.

Eingekaufte Wirtschaftspropheten mögen zwar viel Geld kosten, aber ob sie es dem Land auch bringen, bleibt dahingestellt.

Auch im Osten, davon bin ich überzeugt, wird man bald den sozialdemokratischen Weg suchen. Und wir stehen dafür bereit!

Ich selbst verhehle nicht meine Enttäuschung darüber, daß der Westen vielfach noch nicht ganz erkannt hat, wie notwendig eine vernünftige wirtschaftliche Kooperation mit Osteuropa ist. Denn das Einfordern offener Grenzen ist ganz sicher zu wenig. Wir müssen gemeinsame Bedingungen dafür schaffen, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit klappt, daß Projekte gemeinsam verwirklicht werden, daß investiert wird. Denn nach der politischen Trennung Europas muß auch die materielle schleunigst beseitigt werden.

Diese Forderung stellt sich nicht nur, weil es sich dabei um unsere unmittelbaren Nachbarn und damit auch um unsere Interessen handelt. Diese Forderung stellt sich auch aus Respekt und Achtung vor dem, was die Völker Osteuropas in den letzten Jahren an friedlicher politischer Umgestaltung zu Wege gebracht haben. Da haben in der Tat viele unter größten

"Auch im Osten wird man bald den sozialdemokratischen Weg suchen."

Entbehrungen ihre Pflicht getan und sich für Freiheit und Demokratie eingesetzt.

Die Öffnung der Grenzen unserer Nachbarländer war ja - wenn wir uns erinnern - auch von einige Befürchtungen begleitet gewesen. Die großen Flüchtlings- und Zuwandererströme sind allerdings ausgeblieben, nicht zuletzt dank einer Politik, die aus gutem Grund zwischen politischem Flüchtling und Einwanderungswilligem unterscheidet. Minister Löschnak wurde dafür kritisiert, so manches unbedachte Wort ist gefallen, doch an unserer politischen Linie hat sich nichts geändert: Österreich bleibt ein offenes Asylland für alle politschen Flüchtlinge, daneben muß es aber den Zustrom an Einwanderern kontrollieren können. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit, weil man Zuwanderern menschenwürdige Bedingungen bieten muß. Es ist aber auch ein Gebot der Vernunft, weil man durch ungeregelte Zuwanderung zusätzliche soziale Spannungen schafft. Und es steht schließlich auch in Übereinstimmung mit sämtlichen anderen westlichen Ländern.

Die Entwicklung in unserem südöstlichen Nachbarland Jugoslawien bedarf ebenfalls unserer besonderen und sensiblen Aufmerksamkeit. Wir müssen heute zur Kenntnis nehmen, daß die Völker des heutigen Jugoslawiens ganz offensichtlich nicht mehr in der Form miteinander zusammenleben wollen, wie dies bisher der Fall war. Es kann und darf Europa keineswegs gleichgültig sein, was sich in diesem Teil des Kontinents ereignet. Es ist aber auf der anderen Seite ausschließlich Sache der Völker Jugoslawiens, ihr Verhältnis zueinander zu bestimmen und - wenn sie das wünschen - neu zu regeln. Es liegt in unserem Interesse, daß sich dieser Wandel auf friedliche Weise und in geordneten Bahnen vollzieht. Deshalb sollten wir tun, was wir dazu beitragen können - nämlich die Gesprächskanäle offen zu halten und zwar sowohl jene zur Belgrader Föderalregierung als auch jene zu den einzelnen Teilrepubliken. Ich habe das als Bundeskanzler und Parteivorsitzender so gehalten, die Bundesregierung hat es so gehalten, wir werden dabei bleiben, bis sich neue Strukturen herausgebildet haben. Und wir werden auch falsche Vorwürfe der Einseitigkeit aushalten.

Unsere Aufgabe ist es jedenfalls, alles zu einem friedlichen Zusammenleben beizutragen, nicht Vorwand für neuen Streit zu sein.

Neutralität und neue Realitäten

Einige Zeitgenossen führen mit mir eine Art von Fernkontroverse, mit dem Wunsch, **jetzt** eine Grundsatzdebatte über die sogenannte Neudefinition der österreichischen Neutralität zu führen. Ich meine, daß eine solche Grundsatzdebatte jetzt nicht zu führen ist, denn Neutralitätspolitik steht aus ihrer Definition heraus niemals für sich allein im Raum, sondern bedarf immer des Bezugspunktes, des Gegenübers. Dieses Gegenüber, nämlich eine neue kommende Ordnung der europäischen Sicherheitspolitik, gibt es nicht und sie ist auch für die nähere Zukunft nicht absehbar.

Wer das dennoch glaubt, kann sich bloß auf Prognosen oder Entwurfspapiere, nicht auf Realitäten berufen. Mit den Realitäten und im Zug der konkreten EG-Verhandlungen - auch sinnvollerweise nicht in deren Vorfeld -, wird sich die österreichische Außen- und Sicherheitspolitik offen und gradlinig befassen und selbstverständlich davon ausgehen, daß wir uns dann in einem anderen politischen Europa bewegen als im Europa des Jahres 1955. Darauf konzentriert sich die Vordenkarbeit und sie wird das nicht ohne Nutzung der Zugänge sein, die die Bundesregierung zu den europäischen Staatskanzleien hat.

Im übrigen reden manche von der Neudefinition und meinen die Abschaffung. Ich ziehe diese ebensowenig in Kalkül wie eine "Alles-oder-Nichts" Position, sondern meine, daß im schrittweisen Aufbau einer neuen europäischen Ordnung der Neutrale, der Paktungebundene

sich durchaus im Konzert mit den anderen bewegen wird können.

Erfolge, die verpflichten

Es ist nicht nur die Europapolitik, die wir mit Augenmaß und Konsequenz voranzutreiben haben. Es sind vor allem auch die inneren Reformen in unserem Land, die weiterzuführen sind.

So haben wir den Wohlstand aufgebaut, aber noch nicht alle sind seine Nutznießer. Wir Sozialdemokraten werden weiter dafür kämpfen, daß es keine Armut mehr in Österreich gibt.

Es gab noch nie so viel Beschäftigte wie jetzt. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Wir werden das Ziel der Senkung der Arbeitslosigkeit nicht aus den Augen verlieren. Für uns Sozialdemokraten hat die Schaffung sinnvoller Arbeit höchste Priorität.

Die Menschen können heute ihren Ruhestand sorglos genießen, die Pensionen sind sicher. Wir Sozialdemokraten stehen dafür, daß es so bleibt. Und daß bei einer Pensionsreform niemand draufzahlen muß, schon gar nicht die Frauen.

Die Gleichberechtigung hat einige Fortschritte gemacht. Aber ich verstehe die, die sagen, das ist zu wenig und das ist zu langsam. Wir Sozialdemokraten werden ungeduldiger mit der Beseitigung von Ungleichheiten zwischen Mann und Frau sein.

Österreich hat heute in vielen Belangen eine ökologische Vorreiterrolle. Aber noch immer überfordern wir unsere Umwelt. Wir Sozialdemokraten machen den Kampf gegen die Ausbeutung der Natur zu dem unseren. Und das über Österreichs Grenzen hinaus.

Bildung ist heute selbstverständlich keine Frage der persönlichen Finanzen. Neue An-

"Im schrittweisen Aufbau einer neuen europäischen Ordnung wird sich der Neutrale im Konzert mit den anderen bewegen können."

forderungen rufen ständig nach Reformen. Wir Sozialdemokraten streben eine neue Qualität der Bildung an.

Die Lebensqualität in Österreich hat sich also insgesamt verbessert. Wir haben mit Krisen und Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, aber wir haben sie gemeistert. Wer heute nach Österreich kommt, bewundert dieses Land nicht nur seiner natürlichen Schönheit wegen, sondern auch, wie die Menschen hier leben. Nun gilt es, weiterzumachen.

Dieser Parteitag ist auch Signal, daß die SPÖ weiter die nötigen Impulse für unser Land setzt.

Kampf der neuen Arbeitslosigkeit

Wir haben in unser Papier "Sozialdemokratie 2000" die Zielvorstellung aufgenommen, mittelfristig wieder eine Arbeitslosenrate von 3 % erreichen zu wollen. Wir müssen offen eingestehen, daß wir von diesem Ziel ein beträchtliches Stück entfernt sind. Es gibt eine Reihe von Gründen und Umständen, mit denen wir die neuen Phänomene erklären können, die da lauten: Jahr für Jahr neue Beschäftigtenrekorde, Jahr für Jahr überdurchschnittliche Zuwächse an Wirtschaftswachstum - und dennoch jährlich steigende Arbeitslosenraten, gleichzeitig aber wiederum Verknappungserscheinungen auf dem Arbeitsmarkt. Es darf uns nicht genügen, bloß Erklärungen für diese widersprüchlichen Erscheinungen zu suchen und zu finden. Es wird darum gehen, durch qualitative Maßnahmen, wie etwa besserer Aus- und Fortbildung, diese scheinbaren Widersprüche aufzuheben.

Gerade diese Diskussion ist mit großer Ernsthaftigkeit zu führen. Denn immer dann, wenn der Arbeitsmarkt aus dem Gleichgewicht gerät, besteht die Gefahr, daß hier und dort Vorteile auf Kosten der Schwächeren - in diesem Fall der Arbeitslosen - gesucht werden. Ihr kennt das Verhaltensmuster aus der Vergangenheit: Wenn die Arbeitslosigkeit hoch ist und gleichzeitig bestimmte Arbeitsplätze nicht besetzt werden können, werden dafür entweder die Arbeitsunwilligkeit der Arbeitslosen, die Unfähigkeit der Arbeitsämter oder die vermeintlich übersoziale Absicherung durch den Staat verantwortlich gemacht. In kaum einem anderen Bereich ist man mit pauschalen Verurteilungen so schnell bei der Hand und in kaum einem anderen Bereich kann damit so viel kaputtgemacht werden. Erliegen wir nicht der Verlockung vermeintlich einfacher Wahrheiten!

Wir fragen vielmehr all jene, die nicht müde werden, den Mangel an Arbeitskräften zu beklagen: Warum sind die Rufe am lautesten dort, wo die schlechtesten Arbeitsbedingungen herrschen? Warum ist der Bedarf am größten dort, wo es die schlechtesten Verdienstmöglichkeiten gibt? Dort, wo seit Jahren vergeblich für eine Verbesserung der Einkommen und der Arbeitssituation gekämpft wird? Die Antworten stehen aus, wahrscheinlich mit gutem Grund.

Ein anderer Aspekt: Wir haben uns zu Beginn der 80er Jahre für eine wirtschaftspolitische Strategie entschieden, deren Erfolg nicht auf den geringstmöglichen Lohnkosten, sondern auf der Qualität des angebotenen Produkts beruhen sollte. Dieser Weg hat sich als richtig erwiesen, die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft, an der sogar namhafte Ökonomen vor einiger Zeit noch gezweifelt hatten, steht heute außer Frage. Und in genau dieser Situation ist es auch ein Gebot der wirtschaftspolitischen Vernunft, das Rad nicht zurückzudrehen und ein großes Angebot von zusätzlichen und billigen Arbeitskräften - vielleicht nach dem Prinzip "hire and fire" - dafür zu verwenden, niedrigeren Löhnen, geringeren Lohnzuwächsen oder schlechteren Arbeitsbedingungen Raum zu geben.

Kurzfristig vielleicht von Vorteil, kann eine solche Strategie nur zu einem strukturpo-

litischen Bumerang werden. Mit dieser Tatsache sollte sich auch unser Koalitionspartner, der sich oft als Vertreter des Wirtschaftsflügels und weniger oft als Vertreter der Volkswirtschaft versteht, einmal ernsthaft beschäftigen.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Problem Arbeitslosigkeit kann selbstverständlich nicht vor dem Instrumentarium, mit dem eben diese Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll, Halt machen. Wir werden daher noch in dieser Legislaturperiode die Arbeitsmarktverwaltung auf eine völlig neue Basis stellen, um ihr die Vermittlungstätigkeit unter den neuen, geänderten Rahmenbedingungen zu erleichtern.

An dieser Stelle ist wohl auch die - in Österreich lustvoll geführte - Erörterung darüber angebracht, ob mit den Sozialleistungen des Staates das erreicht wird, was in der Intention des Gesetzgebers liegt. Dazu mit aller Deutlichkeit: Arbeitsmarktfragen werden bei uns nicht auf dem unterdurchschnittlichen Niveau der sogenannten Sozialschmarotzerdebatte diskutiert. Wenn auch ein jeder von uns von jemandem gehört hat bzw. jemand persönlich kennt, dessen Leistungsbezug zumindest fragwürdig ist, darf dies nicht Anlaß zu vereinfachender Stammtischpolemik sein. Wer immer in diesem Land, unter welchem Vorwand immer, der sozialen Demontage das Wort reden will, wird in uns nicht nur keinen Diskussionspartner, sondern einen entschlossenen Gegner vorfinden.

Auf der anderen Seite muß es unbenommen sein, die Zielgenauigkeit des Instrumentariums zu überprüfen. Dabei geht es nicht nur um die Frage der Effizienz, sondern auch um das richtige Verständnis des Begriffs der Solidarität: Für mich bedeutet Solidarität nicht nur, auf der Seite der Schwächeren zu stehen, sondern auch gesellschaftliche Leistungen nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn ein tatsächlicher Bedarf besteht. Solidarität darf keine Einbahnstraße sein.

"Wenn der Arbeitsmarkt aus dem Gleichgewicht gerät, besteht die Gefahr, daß Vorteile auf Kosten der Arbeitslosen gesucht werden."

Pensionsreform - nicht gegen die Frauen

Die Hauptaufgabe der Sozialpolitik ist es, Armut generell auszuschließen und gleichzeitig ein Absinken des Lebensstandards bei Nicht-Erwerbstätigkeit - also während des Ruhestands - zu verhindern. Ihr wißt, wir haben uns für diese Legislaturperiode eine große Reform der Pensionsversicherung vorgenommen, die sowohl ein Mehr an Gerechtigkeit zwischen den Systemen als auch die langfristige Absicherung der Finanzierung bringen soll.

Es geht dabei um die Umgestaltung von Strukturen, die viele Jahrzehnte lang gewachsen sind und in bestimmten Abständen größeren und kleineren Korrekturen unterzogen wurden. Die Pensionsreform, wie wir sie uns vorstellen, wird tief in diese Strukturen eingreifen und kann daher mit Fug und Recht als ein Jahrzehntprojekt bezeichnet werden.

Wenn daher in periodischen Abständen Vertreter der Opposition glauben, lauthals verkünden zu müssen, die Regierung hätte in den bisherigen sechs Monaten ihres Wirkens die großen Reformen vermissen lassen und wenn sie als Beispiel ausgerechnet die Pensionsreform zitieren, dann legt dies den folgenden Schluß nahe: Da sie ja das Wesen der Opposition nicht mißverstehen können, sind sie der Materie ganz einfach nicht Herr.

Im Rahmen der SPÖ-Bundesfrauen-Konferenz wurde in der Vorwoche die Sorge bekundet, daß im Zug der Pensionsreform die gesellschaftlichen Nachteile der Frauen einzementiert werden könnten. Die Sorge lautet: Man nimmt uns den Vorzug des geringeren Pensionsalters und gibt uns nicht die Gleichstellung in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Wir alle - also nicht nur die Frauen - nehmen diese Argumente sehr ernst.

Denn die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frau ist nicht schon durch die Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung erreicht, wie das die ÖVP meint. Gesellschaftliche Gleichberechtigung heißt auch: Reformen im Bereich der Entlohnung, Reformen im Bereich des Arbeitsrechts, des Sozialrechts, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diesen Standpunkt werden wir mit Nachdruck vertreten, wenn es darum geht, dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs Rechnung zu tragen.

Technik muß der Umwelt dienen

Ebenso wie im Bereich der sozialen Sicherheit können wir auch in der Umweltpolitik auf ein breites Spektrum geleisteter Arbeit zurückblicken, die uns mitunter beträchtlich über unsere engeren und weiteren Nachbarn gehoben hat. Ebenso wie in der Sozialpolitik gilt es aber auch hier, sich neue Ziele zu setzen und nach neuen Qualitäten zu streben.

Ein wesentliches Merkmal jeder modernen Umweltpolitik ist ihre Internationalität. Da Schadstoffe keinen Paß und kein Visum kennen, wird der Blick über den eigenen Gartenzaun hinaus zur unbedingten Notwendigkeit. Für uns Österreicher gibt es hier wohl eine causa prima: Nämlich den Kampf gegen unsichere Atomkraftwerke jenseits unserer Grenzen.

Wir haben innerhalb der letzten zwölf Monate vor allem mit unseren tschecho-slowakischen Nachbarn eine intensive Diskussion in dieser Angelegenheit zu führen gehabt. Mit dem österreichischen Angebot zum Ausstieg der CSFR aus der Atomkraft wurde ein neues Kapitel energiepolitischer Kooperation aufgeschlagen: Noch nie zuvor hat ein Land einem anderen den Ersatz der Kapazitäten eines Atomkraftwerks angeboten und noch nie zuvor hat ein Land es einem anderen gestattet, seine eigenen Atomkraftwerke untersuchen zu lassen.

Wir haben zwar noch keine Zusage der CSFR, Bohunice zu schließen und wir haben

auch noch keine Zusage der CSFR, auf ihr weiteres Atom-Ausbauprogramm zu verzichten.

Wir haben aber dennoch einiges erreicht: Es wurde ein Nachdenkprozeß in der CSFR eingeleitet, wir haben Nachrüstmaßnahmen bewirkt, ein effizientes Informationsabkommen abgeschlossen und eine langfristige energiepolitische Zusammenarbeit begonnen.

Wir werden uns aber damit nicht zufriedengeben und nicht müde werden, auf ein auch energiepolitisch sicheres Mitteleuropa hinzuwirken, auch wenn die Vorlieben mancher Staaten noch in eine andere Richtung zu zeigen scheinen.

Gerade die Energieerzeugung aus der Kernkraft zeigt deutlich, daß technisch anspruchsvolle Lösungen nicht immer die intelligentesten sein müssen. Ich bin davon überzeugt, daß diese Welt auch ohne AKW sehr gut in der Lage sein kann, ihren Energiebedarf zu dekken. Dazu wird sie sich aber der Mühe unterziehen müssen, mehr als die jeweils nächstliegenden Optionen in die Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. Eindimensionale Lösungen nach dem Muster "Ursache erzeugt Wirkung" gehören der Vergangenheit an. Die Zukunft muß sich einem neuen Denken, das ich mit "strategischer Phantasie" bezeichnen möchte, verpflichtet fühlen.

Die Lösung liegt in der Vernetzung aller Politikbereiche. Hand in Hand mit der Perfektionierung des Produkts Auto muß Platz für den öffentlichen Verkehr geschaffen werden, müssen die unterschiedlichen Verkehrssysteme optimal aufeinander abgestimmt werden und muß es zur Selbstverständlichkeit werden, daß für einen bestimmten Weg das jeweils günstigste Verkehrsmittel gewählt wird.

Finanzminister Lacina hat vor kurzem vorgeschlagen, im Zug der nächsten Etappe der Steuerreform die "Benzinschlucker" stär-

"Die Pensionsreform, die wir uns vorstellen, kann als Jahrzehntprojekt bezeichnet werden."

ker als bisher zu belasten und dafür jene Fahrzeuge, die einen geringeren Treibstoffverbrauch haben, steuerlich zu begünstigen. Damit soll ein Anreiz geschaffen werden, auf umweltfreundliche Fahrzeuge umzusteigen, ohne daß gleichzeitig die Gruppe der Autofahrer finanziellen Mehrbelastungen ausgesetzt ist. Diese finanzpolitische Maßnahme führt in Folge zu einem starken Anreiz für die Industrie, vermehrt solche Modelle anzubieten. Und damit ist wieder der Brückenschlag zur Entwicklung des Drei-Liter-Autos gelungen. Das sage ich als Beispiel, wie Umweltpolitik der 90er Jahre auch in anderen Bereichen zu konzipieren ist.

Bildung ist die beste Investition

Wir gestalten die Zukunft über die Ausbildung unserer Jugend bereits heute. Bildung ist unsere beste Investition in die Zukunft, und deshalb ist jeder Schilling, der in unser Schul- und Ausbildungssystem fließt, unendlich produktiver als die nachträgliche Finanzierung von Arbeitslosigkeit. Gute Qualifikation ist die beste Garantie gegen Arbeitslosigkeit. Gute Qualifikation ist aber auch Voraussetzung für ein erfülltes Leben.

Unsere Schulen müssen auf das Leben vorbereiten. Das können sie nicht, wenn sie mit Bürokratie und Lehrplänen überladen sind. Das können sie besser, wenn sie eigenständig, also autonom, entscheiden können.

Eine gute Vorbereitung für das Leben setzt aber auch gewisse Bedingungen voraus: fast alle EG-Staaten verfügen über eine gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen, und es ist aus sozialdemokratischer Sicht nicht einzusehen, daß für ein Kind mit zehn Jahren eine wichtige, nur noch schwer revidierbare Entscheidung zwischen Hauptschule und Gymnasium getroffen werden muß.

Internationalisierung heißt nicht nur Fremdsprachenkenntis, sondern auch Erziehung zu Weltoffenheit und zu Toleranz. Gerade im Hinblick auf ein neues Europa hat Internationalisierung auch eine andere, für uns sehr wichtige Seite: die Einbeziehung der Kinder von jenen, die aus dem Ausland - oft aus einer anderen Kultur - zu uns kommen, und die von der Schule die Bewältigung einer multikulturellen Situation verlangen. Wir werden jedenfalls die Qualität unserer Ausbildung nicht nur daran zu messen haben, wieviel die Menschen über den 30-jährigen Krieg wissen, sondern auch daran, wie sie mit ihren Nachbarn umgehen können und was sie über soziale Beziehungen lernen. Für uns gibt es jedenfalls nur einen Weg: den der Integration und der gemeinsamen Erziehung, statt den der Aussonderung und Isolation.

Die jungen Menschen muß man aber auch lernen lassen. Das ist nicht so sehr eine Forderung an die öffentliche Hand, sondern vor allem auch an die Arbeitgeber. Noch immer ist es herrschende Praxis, Lehrlinge für einen spezifischen Bedarf auszubilden und kaum Qualifikationen zu vermitteln, die auch auf anderen Arbeitsplätzen eingesetzt werden könnten. Noch immer ist es keine Seltenheit, daß sich die Vertreter der Wirtschaft dagegen zur Wehr setzen, wenn ein höheres Maß an Allgemeinbildung an den berufsbildenden Schulen gefordert wird. Mobilität zu predigen, aber gleichzeitig zu Inflexibilität zu erziehen, dieses Muster werden wir durchbrechen.

Nicht alles ist finanzierbar

All das kostet dem Staat natürlich Geld, das Finanzminister Ferdinand Lacina aus dem Bundeshaushalt zu verteilen hat. Wir wollen dieses Geld möglichst effizient verwenden, um die Verschuldung nicht wachsen zu lassen, ja sogar zu vermindern. Das erfordert Disziplin von uns allen, sicher aber auch eine Änderung der Erwartungen, wonach sich der Staat alles leisten, alle Aufgaben übernehmen und finanzieren kann. Es ist nicht zuletzt der sozialdemokratische Grundsatz, mit übertragenem Geld möglichst sparsam, effizient und sorgsam umzugehen, der uns dazu veranlaßt, von dem

gemeinsam formulierten Kurs der Budgetkonsolidierung nicht abzuweichen. Schon gar nicht, wenn die Forderungen an den Bundeshaushalt auf der Straße formuliert werden.

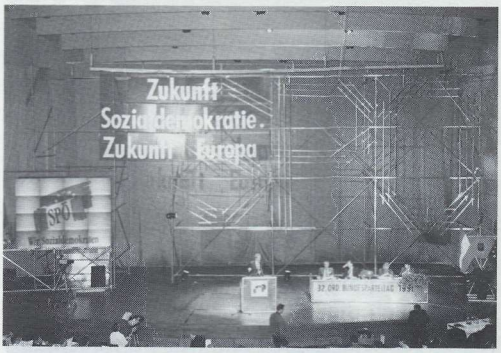
Die neue SPÖ

Dieser Parteitag ist ein Reformparteitag. Ein Parteitag, auf dem wir Sozialdemokraten über die Reformarbeit für unser Land, für unsere Gesellschaft beraten. Ein Parteitag aber auch, an dem wir Reformen für unsere eigene Partei einleiten. Reformen, die sich auf Inhalt, Organisation und Erscheinungsbild beziehen.

Der Reformauftrag an unsere Partei ist ja nichts Neues. Ein Blick allein auf die zurückliegenden zwei Jahrzehnte zeigt, daß wir immer an uns selbst gearbeitet haben - und es wäre ja auch für eine politische Partei, die den Anspruch hat, die Gesellschaft zu verändern, widersprüchlich, würde sie selbst sich diesen Veränderungen verschließen.

Ich möchte an dieser Stelle gleich klar festhalten - auch um einige Mißverständnisse auszuräumen, die es im Vorfeld des Parteitags da und dort gegeben hat: Es geht nicht um eine Reform von oben, es geht nicht darum, Diskussionen abzukürzen, und es geht schon gar nicht darum, Traditionen, Anreden und Grußworte zu verbieten, mit denen wir alle aufgewachsen sind, die für viele von uns viel bedeuten.

Laßt es mich ganz klar sagen: Bei unserer Parteireform geht es vielmehr darum, Neues zuzulassen, auszuprobieren, Fenster weit aufzumachen und auch jene einzuladen und zu gewinnen, die mit uns gemeinsam die Zukunft Österreichs gestalten wollen. Es geht darum, die Partei fit zu erhalten, um rasch und flexibel auf jene Themen eingehen zu können, die sich der Gesellschaft neu stellen, ohne die alten zu vergessen. Und es geht schließlich auch darum, die Organisation und das Erscheinungsbild unserer Partei so zu gestalten, daß sie auch



"Es geht nicht um eine Reform von oben, es geht vielmehr darum, Neues zuzulassen, auszuprobieren und auch jene zu gewinnen, die mit uns gemeinsam die Zukunft Österreichs gestalten wollen."

den neuen inhaltlichen Anforderungen gerecht werden.

Die Sozialdemokratie hat mit ihrem großen historischen Reformwerk die Gesellschaft grundlegend verändert, sie demokratischer, humaner, durchlässiger und offener gemacht. Nun müssen wir auch als politische Organisation, als große Partei mit den eigenen Erfolgen Schritt halten.

Die Kraft der Reform

Und wer wollte zweifeln, daß uns das gelingt? Wir tun das in einer guten Zeit, in der die Partei erfolgreich, solidarisch und selbstbewußt ihren Weg einschlagen kann. Es spricht sehr für die Partei, daß sie sich in dieser Situation nicht auf den Lorbeeren ausruht, sondern weiterentwickelt. Das ist jenen tausenden Genossinnen und Genossen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu danken, die in ihrem Bereich tagein tagaus politische Arbeit leisten und dadurch sehr genau spüren und einfordern, welche Reformschritte zu unternehmen sind.

Wir alle wissen, daß sich die SPÖ vor nicht allzu langer Zeit in einer schwierigeren Phase befunden hat. Und ich verhehle auch nicht, daß es für die Partei schmerzhaft war, daß einige ihrer Spitzenfunktionäre aus der Politik ausgeschieden sind. Aber ich verhehle genauso wenig, daß es imponierend war, mitzuerleben, mit welcher Kraft und Entschlossenheit sich diese SPÖ immer wieder aufgerichtet und verstanden hat, das Vertrauen, das in sie gesetzt wurde, zu rechtfertigen.

Ich meine, daß sich da andere Parteien einiges abschauen könnten.

Wir haben eine Regierungsmannschaft, die sich sehen lassen kann. Wir haben ein Zentralsekretariat, das mit relativ wenig Aufwand einen beachtlichen Wahlkampf organisiert hat und ohne viel Aufhebens die Parteiorganisation grundlegend neu gestaltet. Zu den zahlreichen kompetenten Abgeordneten im Parlament ist eine große Anzahl junger, engagierter gestoßen, und auch in den Ländern und Gemeinden ist mir keineswegs bang um die Zukunft unserer Partei.

Wir unternehmen unsere Reformarbeit nicht um eine Krise abzuschütteln, sondern zu einer Zeit, in der es nicht nur sehr gut für die SPÖ, sondern für die Sozialdemokratie in Europa insgesamt gut läuft. Vom viel zitierten Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts kann wohl auch international keine Rede sein. Die Namen Engholm, Carlsson, Brundtland, Cresson, Gonzales, sie alle stehen für eine junge, für eine starke europäische Sozialdemokratie. Ein Blick auf das konservative Lager in Deutschland, in England, in Frankreich, in Spanien, auch in Österreich, läßt vielmehr die Vermutung zu, daß sich die Konservativen in eine veritable Krise manövriert haben. Jene haben sich vor einem Jahrzehnt als Mekka des Neokonservativismus angesehen - Über diesen Neokonservativismus redet und schreibt heute niemand mehr - außer vielleicht über seinen Untergang.

Man hat der Sozialdemokratie anläßlich ihres 100. Jubiläums Leere und Sinnkrise prophezeit. Das Gegenteil davon ist eingetreten. Wir sind die einzige politische Kraft, die Reformen umsetzen kann und wir haben neue, junge Leute in verantwortungsvolle Positionen gebracht. Das gilt es jetzt fortzusetzen, umzusetzen und einzusetzen. In einer Parteireform, die die SPÖ öffnet, flexibler macht und ihr klare Konturen gibt.

Bestimmungspunkte der Reform

Laßt mich einige Anregungen und Bestimmungspunkte zusammenfassen:

1. Die SPÖ ist eine sozialdemokratische Partei. An der Spitze unseres politischen Programms steht das Bekenntis zu sozialer Gerechtigkeit und Demokratie. Unsere Leitlinien

sind und bleiben Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität, und wir bekennen uns auch zu diesen politischen Werten.

2. Die SPÖ ist eine offene Partei. Sie braucht den offenen Meinungsaustauch, sie will keine Partei dogmatischer Bekenntnisse sein, sondern für Menschen unterschiedlichster Herkunft und Überzeugung offenstehen. Deshalb sollten wir nicht nur fragen, ob und wie lange jemand schon Mitglied der SPÖ ist, der mitmachen will. Wir müssen uns auch an den politischen Standpunkten und der geistigen Haltung der Menschen orientieren, die die Zusammenarbeit mit uns suchen.

3. Die SPÖ ist eine Mitgliederpartei. Es darf, und auch das muß klar gesagt werden, die Parteimitgliedschaft nicht in den Hintergrund treten, denn nur mit und über unsere Mitglieder, mit und über unsere Funktionäre können wir unsere politische Arbeit erst verwirklichen. Wenn heute der Begriff des politischen Funktionärs da und dort negativ besetzt ist, so muß dem einmal klar entgegengehalten werden: die österreichische politische Landschaft, mehr noch: unser ganzes Gesellschaftssystem, sähe sehr viel ärmer und ungerechter aus, gäbe es nicht jene Menschen, die nicht zum Selbstzweck, sondern um etwas zu bewirken, für andere Menschen arbeiten.

4. Die SPÖ ist Partei des Volkes - sie ist nicht einfach eine linke Volkspartei. Wir Sozialdemokraten sprechen Handwerker und Facharbeiterinnen an, junge und alte, Lehrer und Krankenschwestern, Techniker und Selbständige, Künstler, Wissenschaftlerinnen und Facharbeiter. Wir Sozialdemokraten sprechen aber auch jene besonders an, auf die das Licht des Wohlstands nicht fällt, wir sprechen alle an, die sich mit unseren Zielen einverstanden erklären, oder die einfach gemeinsam mit uns an einem bestimmten Projekt arbeiten wollen.

5. Die SPÖ ist eine geschichtsbewußte Partei. Wir bekennen uns zu unserer Tradition,

"Wir bekennen uns zu unserer Tradition. Wir haben keine Geschichte zu verschweigen, zu beschönigen oder zu korrigieren."

zu dem, wofür unsere Vorgängerinnen und Vorgänger gekämpft haben. Und wir sind stolz darauf. Wir haben keine Geschichte zu verschweigen, zu beschönigen oder zu korrigieren. Wir sind niemals auf der falschen Seite gestanden. Wir stehen zu unserer Geschichte und wollen sie fortschreiben.

6. Die SPÖ ist eine fortschrittliche Partei, in der es nicht so sehr auf das Bewahrende, sondern auf das Verändernde und Gestaltende ankommt. Wir wollen das Wissen, über das die Gesellschaft verfügt, umsetzen und so zum Allgemeinwohl beitragen. Wir haben die Themen der Zeit aufzugreifen, zu analysieren und Lösungen dafür anzubieten.

7. Die SPÖ ist eine Partei der Frauen und der Männer. Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Und ist es so lange nicht, als nicht annähernd so viele Frauen die SPÖ vertreten, als Frauen die SPÖ auch wählen.

8. Die SPÖ ist eine Bewegung. Wir sind keine statische Institution, sonder eine politische Bewegung von Menschen für Menschen, und eben weil wir eine Bewegung sind, wollen wir uns auch als Partei bewegen und reformieren. Wir peilen deshalb auch eine Strukturreform an, die von der Schaffung eigener Themeninitiativen über die Möglichkeit der Mitarbeit von Nichtmitgliedern reicht, von der Veränderung des Systems des Beitragsinkassos bis hin zu einer flexiblen Einstellung auf das neue Wahlrecht mit Persönlichkeitselementen. Wir müssen uns aber auch um eine Stärkung der Organisation, um eine Effizienzsteigerung der Sekretariate, um eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildung und der innerparteilichen Information bemühen.

9. Die SPÖ ist - last but not least - eine Regierungspartei. Große Parteien sind für das harte Geschäft des Regierens gemacht, hat unser deutscher Freund Eppler gesagt und wenn wir den Anspruch haben, gestaltend zu wirken, so müssen wir auch den Anspruch haben, Regierungsverantwortung zu tragen.

Wir - die Sozialdemokratische Partei Österreichs

Für viele ist das sichtbarste Zeichen unserer Parteireform der Vorschlag, die SPÖ nunmehr Sozialdemokratische Partei Österreichs zu nennen. Zu Unrecht vermuten manche dahinter eine Änderung unserer politischen Ausrichtung.

Es geht vielmehr auch hier und gerade hier um ein Signal. Um ein Signal der Öffnung, der Erneuerung, um einen Hinweis auf unser Parteiprogramm, in dem wir uns die soziale Demokratie als Ziel stecken, es geht aber auch - und das will ich gar nicht verheimlichen - darum, böswilligen Unterstellungen, die mit dem in Osteuropa diskreditierten Begriff des Sozialismus arbeiten, keinen Platz zu geben.

Mit dem neuen Namen brauchen wir uns auch vor unserer eigenen Geschichte nicht zu verstecken. Es ist eine Rückkehr zu jenem Namen, unter dem die Arbeiterbewegung am Gründungsparteitag in Hainfeld vor nunmehr über 102 Jahren gegründet wurde. Zu jenem Namen, unter dem 1890 der erste 1. Mai gefeiert wurde. Es ist die Bezeichnung jener Partei, die bei den ersten Wahlen der neuen Republik 1919 die stärkste wurde, ebenso wie bei den letzten freien Wahlen 1930. Und es war die sozialdemokratische Partei, die am 12. Februar 1934 gewaltsam aufgelöst wurde, aber nie zu existieren aufgehört hat.

Es war eine ganz bestimmte historische Situation, in der unsere Bewegung den Namen "Sozialistische Partei" annahm: In den April-Tagen des Jahres 1945, als an vielen Stellen in Österreich noch gekämpft wurde, fanden sich im Wiener Rathaus jene Frauen und Männer zusammen, die entschlossen waren, den Wiederaufbau im Geist unserer Bewegung in Angriff zu nehmen.

Da waren jene, die der Tradition und dem Namen der Partei in der ersten Republik ver-

haftet waren - die Sozialdemokraten. Und da waren jene Jungen, die unter der im Kampf gegen den Faschismus geborenen Bezeichnung "Revolutionäre Sozialisten" ihre politischen Erfahrungen in der Illegalität gesammelt hatten.

Wie sollte die wiedergegründete gemeinsame Partei nun heißen? Der damals gefundene Kompromiß war die Parteibezeichnung "Sozialistische Partei Österreichs", aber in den noch viele Jahre weitergeführten "Untertitel" unserer Partei wurde auf die Wurzeln dieser Bewegung verwiesen: "Sozialdemokraten und revolutionäre Sozialisten".

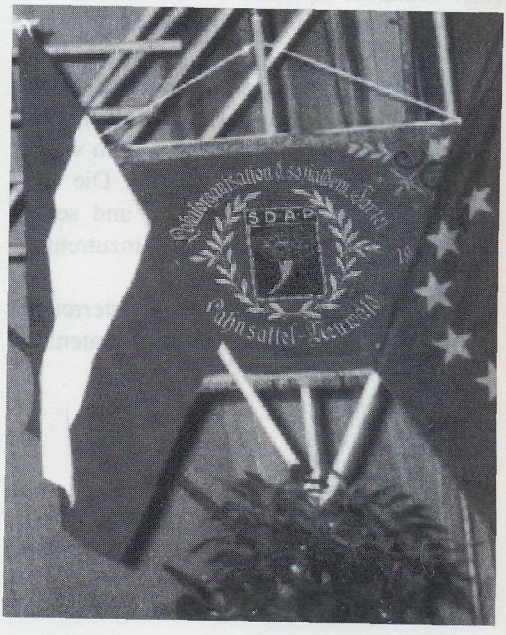
Daß wir eine einige und einheitliche Partei sind, braucht nicht besonders betont zu werden; ebenso, daß die noch einige Zeit nach 1945 nachwirkende Herkunft von Funktionären unserer Partei aus diesen beiden Gruppen heute jede Bedeutung verloren hat.

Und deshalb ist es ein richtiges Zeichen, wenn wir uns nach dem endgültigen Ende des Zweiten Weltkriegs, des Kalten Kriegs und seiner Folgen mit einigem Stolz, voller Berechtigung und Optimismus wieder jenen Namen aneignen, den unsere Bewegung in den ersten 45 Jahren ihres Bestehens getragen hat.

Angesichts der Vitalität dieser politischen Bewegung, der wir uns alle, die wir hier sind, verpflichtet fühlen, angesichts der Kraft, die sie ausstrahlt, und der großen Aufgaben, die vor uns liegen, fühle ich mich einmal mehr in meiner Ansicht bestätigt: die Zukunft gehört der Sozialdemokratie!

Die Zukunft gehört der Sozialdemokratie

Unsere Politik, die Politik der österreichischen Sozialdemokraten, muß eine menschliche Politik sein. Eine Politik, die bei den unmittelbaren Bedürfnissen, bei den Sorgen, bei den Nöten, bei den Wünschen und bei der



"Sozialdemokratie - das ist die Rückkehr zu jenem Namen, unter dem die Arbeiterbewegung in Hainfeld vor 102 Jahren gegründet wurde."

Freude der Menschen ansetzt. Sozialdemokratische Politik muß ankämpfen gegen die Öde, die nicht selten den politischen Alltag prägt.

Uns allen ist der Auftrag gegeben, in unserer täglichen Arbeit gegen die zur Routine erstarrten Parteirituale anzukämpfen. Erfüllen wir sie mit Leben, lassen wir die Menschen daran teilhaben und spüren, daß wir Freude haben, politisch gestaltend tätig zu sein. Daß wir nicht in ein Korsett gezwängte Funktionäre, sondern daß wir Freude daran haben, etwas zu wagen, auch wenn der Erfolg nicht vorher abgesichert ist.

Ich verstehe daher diese beiden Tage hier nicht bloß als eine kleine Inspektion politischer Tätigkeit, sondern als Bekenntnis zu einer sozialen, zu einer demokratischen, zu einer menschlichen und direkten Politik.

Wir haben uns viel vorgenommen. Für unser Land, für unsere Bewegung und für Europa. Auf diesem Parteitag werden wieder einmal die Ärmel aufgekrempelt. Die SPÖ schickt sich an, mit Österreich und seinen Menschen in eine neue Epoche einzutreten.

Wir sind bereit dafür. Als Österreicher und als Europäer. Wir Sozialdemokraten!

SPÖ
INFORMATION

SPÖ-Information 4/91. Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ-Zentrale, 1014 Wien, Löwelstraße 18. Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt
P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1010 Wien